

Widerstand gegen Containerdorf: FU Berlin will Parkplatz behalten

Erfahren Sie mehr über die Proteste gegen Flüchtlingscontainer auf dem Unigelände in Berlin-Dahlem. Bröckelt die woke Fassade? Lesen Sie alle Details hier.

Das Grundstück an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem, das der Senat zur Errichtung eines Containerdorfs für 260 Flüchtlinge vorgesehen hat, stößt auf Widerstand im vornehmen Kiez. Die Freie Universität Berlin zeigt sich besorgt, da sie die Fläche eigentlich für den Bau von Lehr- und Forschungsgebäuden nutzen möchte. Berlins Flüchtlingskoordinator Albrecht Broemme informierte die Uni über die Pläne zur Unterbringung von Migranten, woraufhin die Universität Bedenken äußerte und betonte, dass die Fläche nicht für die Beherbergung von Flüchtlingen geeignet sei.

Die Hochschulleitung fühlt sich von den Senatsplänen übergangen, da sie nicht vorab informiert wurde. Die Freie Universität hatte bereits in der Vergangenheit Flüchtlingen unbürokratische Hilfe angeboten, doch betonte, dass die Fläche ab 2023 dringend für eigene Bauprojekte benötigt werde. Die Universität schlug als Alternative leerstehende Gebäude an einem nahegelegenen Standort vor, die bereits in der Vergangenheit als Unterkünfte genutzt wurden.

Der Senat beschloss Ende März die Errichtung von 16 zusätzlichen Containerdörfern, um dem akuten Mangel an Wohnraum für Flüchtlinge entgegenzuwirken. Trotz des Widerstands gegen die geplanten Standorte betonte Berlins Regierender Bürgermeister die Dringlichkeit der Maßnahme. Die

meisten neuen Standorte sind im Ostteil der Stadt geplant, was zu einer weiteren Verschärfung des Ungleichgewichts bei der Verteilung von Flüchtlingen in den Bezirken führt.

Die Diskussion und der Widerstand gegen das geplante Containerdorf auf dem Unigelände in Steglitz-Zehlendorf haben im Netz zu Spott und Unverständnis geführt. Kritiker fragen nach der vermeintlichen „Weltoffenheit“ der Freien Universität angesichts der Ablehnung, Flüchtlinge auf dem Parkplatz in der Thielallee 63 vorübergehend unterzubringen. Die Debatte wirft die Frage auf, inwieweit bestimmte Institutionen und Stadtteile bereit sind, Verantwortung für die Unterbringung von Flüchtlingen zu übernehmen, insbesondere in Zeiten, in denen Wohnraum knapp ist und Notunterkünfte an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de